



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Wortprotokoll der 54. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 27. September 2023, 11:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus - Sitzungssaal 4.300

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 5

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 – HG 2024)

BT-Drucksache 20/7800

Federführend:

Haushaltsausschuss

Gutachtlich:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Sportausschuss

Rechtsausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für Digitales

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen



Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berichterstatter/in:

Abg. Oliver Kaczmarek [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 2

Seite 14

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Zweiter Bericht der Bundesregierung über die
Fortschritte der Nationalen Dekade
für Alphabetisierung und Grundbildung 2016 bis
2026
(Fortschrittsbericht 2019 bis 2022)**

BT-Drucksache 20/8200

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Carolin Wagner [SPD]
Abg. Daniela Ludwig [CDU/CSU]
Abg. Marlene Schönberger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Friedhelm Boginski [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]

Tagesordnungspunkt 3

Seite 21

- a) **Mitteilung der Kommission an das Europäische
Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts-
und Sozialausschuss und den Ausschuss der
Regionen
Eine europäische Erklärung zu den digitalen
Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade
KOM(2022)27 endg.; Ratsdok.-Nr. 5781/22**

Federführend:

Ausschuss für Digitales

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat
Rechtsausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Berichterstatter/in:

Abg. Ruppert Stüwe [SPD]
Abg. Dr. Ingeborg Gräßle [CDU/CSU]
Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Norbert Kleinwächter [AfD]
Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]



b) **Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Politikprogramm für 2030 „Weg in die digitale Dekade“**

KOM(2021)574 endg.; Ratsdok.-Nr. 11900/21

Federführend:

Ausschuss für Digitales

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Inneres und Heimat

Rechtsausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Berichterstatter/in:

Abg. Ruppert Stüwe [SPD]

Abg. Dr. Ingeborg Gräßle [CDU/CSU]

Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]

Abg. Norbert Kleinwächter [AfD]

Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE.]



Teilnehmende Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rhie, Ye-One Rosenthal, Jessica Seitzl, Dr. Lina Stüwe, Ruppert Wagner, Dr. Carolin Zschau, Katrin	Blankenburg, Jakob
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene Stahr, Nina	
FDP	Boginski, Friedhelm Funke-Kaiser, Maximilian Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Frömming, Dr. Götz Höchst, Nicole Kaufmann, Dr. Michael	
DIE LINKE	Gohlke, Nicole Sitte, Dr. Petra	



Tagesordnungspunkt 1

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024

(Haushaltsgesetz 2024 – HG 2024)

BT-Drucksache 20/7800

Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist 11:30 Uhr, und wir starten jetzt durch in die 54. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Dann kommen wir jetzt direkt zu Tagesordnungspunkt 1: Der Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024, auf der Bundestagsdrucksache 20/7800. Hierzu wurden bereits verteilt: Die Unterrichtung 20(18)137, die Änderungsanträge der Fraktion der CDU/CSU auf 20(18)141a bis 20(18)171c, die Änderungsanträge der Fraktion der AfD 20(18)143a bis 20(18)143w sowie der Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke, auf der Drucksache 20(18)142. Federführend für alles ist der Haushaltsausschuss. Und als Regiehinweis für uns: Wir haben jetzt erst die politische Aussprache der Berichterstatterinnen und Berichterstatter, in welcher sicherlich dann auch die Änderungsanträge oder Änderungswünsche zum Etat 30 erläutert werden. Und danach starten wir dann in einen Abstimmungsmarathon, weil die antragstellenden Fraktionen jeweils Einzelabstimmungen wünschen. Deshalb nachher bei den Abstimmungen dann volle Konzentration. Aber zunächst die politische Aussprache. Und da eröffnet der Kollege Oliver Kaczmarek für die SPD-Fraktion.

Abg. **Oliver Kaczmarek** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben uns in der letzten Woche schon über den Haushalt unterhalten und für die SPD-Fraktion stehen zwei Ziele im Vordergrund, die wir in diesem Jahr erreichen wollen. Zum einen stabile Verhältnisse in unsicheren Zeiten anbieten und als Bund ein verlässlicher Partner für Bildung und Forschung bleiben. Und zum anderen jetzt den Schritt zu machen, in Zukunftstechnologien und in die Köpfe, die wir dafür brauchen zu investieren, um eben die großen Herausforderungen, die vor uns liegen, zu

bewältigen. Und die Frage ist: Was haben wir im jetzt vorliegenden Haushaltsplan dazu schon erreicht und was sind die Dinge, die wir besser machen müssen? Weil auch dieser Haushalt, das kann ich glaube ich vorwegnehmen, so wie die anderen auch, das Parlament nicht so verlassen wird, wie er reingekommen ist. Und das ist auch gut so. Was haben wir erreicht? Stabile Verhältnisse. Ich erwähne das noch einmal, weil das eben nicht selbstverständlich ist und weil das ein Fortschritt ist, den die Ampelkoalition erreicht hat. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation und mit dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre, sind wichtige Grundlagen für die dauerhafte Finanzierung von Bildung und Forschung an den Hochschulen und in der Forschung geschaffen worden. Und deswegen ist es gut, dass es nicht nur weitergeführt wird, sondern im Vergleich zur Großen Koalition jährlich beide Pakte um 3 Prozent dynamisiert werden. Das ist im Haushaltsplan abgebildet. Wir haben hier vorhin die Debatte über die Kernfusionsforschung erlebt und die steht aus unserer Sicht exemplarisch dafür, was wir tun müssen: Natürlich weiterhin in Grundlagenforschung investieren. Und man muss sagen – auch wenn die Unionsfraktion versucht, da das Haar in der Suppe zu finden: Immerhin hat die Ministerin einen Plan für die Kernfusionsforschung vorgelegt. Das ist ein Fortschritt. Gleichzeitig ist es so, dass wir eben auch auf die Schnelle Anwendbarkeit von Forschungsergebnissen achten müssen. Und deswegen will ich an dieser Stelle nur noch einmal erwähnen, dass wir mit der DATI jetzt beginnen, nicht nur Strukturen zu schaffen, sondern sehr schnell auch in den Hochlauf kommen werden. Allen Unkenrufen, auch in den Änderungsanträgen, die ich hier gelesen habe, zum Trotz. Und nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass wir beim Startchancen-Programm, was die Investitionen in Köpfe angeht, einen echten Verhandlungsdurchbruch erreicht haben. Noch nicht alle Länder haben sich entschließen können, bei diesem Zukunftsprojekt mitzumachen. Ich will aber einmal darauf hinweisen, dass es mit dem Volumen von insgesamt 20 Milliarden Euro ein bildungspolitisches Großprojekt wird und gleichzeitig einen Paradigmenwechsel einleitet, in dem wir in einen Teil der Finanzierung sozial indiziert einsteigen. Das heißt, die Bedarfslagen



von Schulen in besonderer Weise zu berücksichtigen. Da möchte ich auch der Bundesregierung für die Stabilität bei den Verhandlungen und dass wir diesen Paradigmenwechsel erreicht haben, danken.

Wie kann man den Haushalt besser machen? Ich glaube, die Änderungsanträge der Opposition sind erwartbar und auch uninspiriert und deswegen kein Beitrag zur Verbesserung. Ich glaube, es gibt einige Dinge, die man verbessern kann. Wir werden bei der beruflichen Bildung, wo im Übrigen nicht gekürzt wird, im Vergleich zu einigen Vorgängerhaushaltsentwürfen, darauf achten müssen, dass die Ausbildungsgarantie umgesetzt wird. Und ich will ganz offen sagen: Beim BAföG reicht es uns nicht aus, dass wir nicht auf Leistungskürzungen kommen. Dass wir Leistungskürzungen ausschließen, ist sowieso klar, weil die gesetzlichen Grundlagen gelten. Aber wir sind als SPD-Fraktion der festen Auffassung, dass wir in den Zeiten, in denen wir leben, mit steigenden Preisen auch einen Beitrag dazu leisten müssen, das BAföG auch zeitgemäß anzupassen und die ambitionierten Ziele, die wir uns in den Koalitionsverhandlungen gesetzt haben, auch in dieser Wahlperiode nicht nur anzufangen, sondern auch umzusetzen. Da ist sicherlich noch Luft, den Haushalt zu verbessern. Ansonsten eine sehr gute Grundlage, der wir heute zustimmen und am Ende wird es dann tatsächlich auch Veränderungen durch den Haushaltsausschuss geben

Der **Vorsitzende**: Danke. Für die CDU/CSU-Fraktion Thomas Jarzombek.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, da darf ich erst mal auf den Kollegen Kaczmarek reagieren. Wenn Sie sagen, wir wären uninspiriert und es gäbe hier Verlässlichkeit, dann kann ich nur sagen, dass das Ihr Code dafür ist, dass Sie keine neuen Ideen in diesem Haushalt haben, sondern einfach das fortführen, was wir in 16 Jahren aufgebaut haben. Das muss nicht schlecht sein, will ich deutlich sagen. Aber wir haben ja vorhin auch beim Thema Fusion gehört: Es braucht mehr. Was es insbesondere braucht, ist mehr Geld. Ich will das ganz deutlich sagen: Ich finde die Schwerpunktsetzung im gesamten Bundeshaushalt falsch. Wir sind in einer Rezession und wir brauchen insbesondere

Investitionen. Und dass konsumtive Teile des Sozialhaushalts aufgebläht werden, während im Umkehrschluss in keinem anderen Kapitel so stark gekürzt wird wie im Einzelplan 30 bei Bildung, Forschung und Innovation halte ich, halten wir, für einen großen Fehler. Und da muss man erst mal ran und das hat Auswirkungen. Das hat Auswirkungen, dass natürlich jetzt gekürzt wird. Vor allem nicht nur in nominalen Zahlen, sondern in realen Zahlen. Am Jahresende haben wir insgesamt 13 Prozent Inflation, und der Haushalt kompensiert das nicht, sondern er sinkt auch noch. Und das geht bei den BAföG-Beziehenden los, wo ich ein riesiges Problem sehe, und endet aber natürlich auch nicht bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die mit den 3 Prozent aus dem PFI gegen eine Kostenlawine laufen, die sie in der Form nicht bewältigen können.

Zu unseren Anträgen: Wir haben jetzt drei Dinge hier auf dem Zettel. Das erste ist das Thema Long-Covid. Ich finde, da muss man nicht für inspiriert sein, sondern muss einfach ein bisschen Empathie haben und das Problem sehen, wie viele Menschen hier betroffen sind. Long Covid, ME/CFS, Post-Vac – es ist eine riesige Gruppe von Betroffenen. Lauterbach macht im Bereich der Vorsorge 100 Millionen Euro. Ich meine, diese 100 Millionen brauchen wir auch im Bereich der Forschung. Die Titel müssen parallel sein. Und dass das Ambitionsniveau hier geringer ist als im Gesundheitskapitel, finden wir falsch. Deshalb wollen wir hier auch auf 100 Millionen aufstocken, 20 Millionen jedes Jahr.

Das zweite ist das Thema Forschen an den HAWs. Sie reden immer über diese Transferagentur DATI. Die gibt es bis heute nicht. Die Ministerin sagt immer so Dinge, die dann gar nicht richtig stimmen. Die Gründungskommission arbeitet offenkundig noch nicht. Es gibt keinen Geschäftsführer und keinen Standort. Wir wollen das Geld an die HAWs geben. Die können es brauchen. Wir finanzieren auch beide Positionen genau damit gegen, mit den 35 Millionen bei der DATI, die schon von Ihrer Seite gesperrt werden, weil Sie auch nicht dran glauben, dass das funktioniert.

Und dann das Thema Fusion. Wir haben gerade die Anhörung dazu gemacht. Wir brauchen dazu als Erstes Regulierung. Ich höre hier immer nur



hinter vorgehaltener Hand: Frau Ministerin Lemke will das nicht. Das kann doch nicht wahr sein, dass die ganze Nation das Thema Fusionsenergie braucht und dass alles daran scheitert, dass Frau Ministerin Lemke der Meinung ist, wir brauchen es nicht. Da muss jetzt mal etwas passieren. Und so warme, weiche Worte reichen nicht. Und das zweite ist das Thema Grand Challenges. Da ist unser Ansatz, hier mit 5 Millionen zu beginnen. Das hatte auch Rafael Laguna de la Vera klar gesagt. Wir brauchen hier einen Technologiewettbewerb.

Und als letzten Punkt: Das Thema DigitalPakt machen wir als Haushaltsstelle. Das werden Sie mit den Ländern verhandeln. Da ist, glaube ich, heute eine konkrete Zahl nicht seriös, aber ohne DigitalPakt II kommen wir in der Bildung nicht klar. Sonst bluten die Kommunen.

Der Vorsitzende: Für Bündnis 90/Die Grünen
Nina Stahr.

Abg. Nina Stahr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Das Haushaltsverfahren, das haben wir letzte Woche schon gesagt, ist aufgrund der Sparvorgaben des BMF dieses Jahr besonders herausfordernd. Wir haben als Bündnis Grüne trotzdem bereits letzte Woche schon angekündigt, dass wir uns im Verfahren noch das ein oder andere angucken werden. Und zusammen mit unseren Haushälter/-innen arbeiten wir aktuell auch an diversen Änderungsanträgen, auch in diesem Haushaltseinzelplan. Nichtsdestotrotz, das wissen Sie, werden wir die dann in den federführenden Haushaltsausschuss einbringen und deswegen eben nicht hier. Ich möchte trotzdem gerne zwei, drei Sätze zu den Änderungsanträgen sagen, die hier von der demokratischen Opposition eingebracht wurden.

Einmal zur Union, Thema DigitalPakt: Auch wir kämpfen für eine Fortsetzung des DigitalPaktes. Aber die Mittel aus dem DigitalPakt Schule können auch noch über das Ende der Laufzeit der Verwaltungsvereinbarung hinaus abgerechnet werden, sodass das für 2024 okay ist. Und wir setzen gerade eine Priorität darauf, dass dann ab 2025 auch wirklich sicher der DigitalPakt vorgesehen wird. Da sehen wir tatsächlich für das Haushaltsaufstellungsverfahren 2025 das BMBF und auch das BMF in der Pflicht. Zur

Fusionsforschung haben wir eben in der Anhörung gehört, welche Maßnahmen die Bundesregierung in dem Feld schon finanziert. Darüber hinaus besteht jetzt aus unserer Sicht kein Bedarf, noch mehr der knappen Mittel hineinzul investieren. Die Energieforschung sollte sich jetzt tatsächlich darauf fokussieren, die Energiewende zum Erfolg zu führen. Und das macht insbesondere das BMWK auch sehr erfolgreich. Zum Thema Long-Covid finde ich ehrlicherweise bedauerlich, dass Sie – das haben Sie nämlich eben nicht gesagt – dieses Thema gegen die DATI ausspielen. Das sind beides Vorhaben, die ausgesprochen wichtig sind. Die DATI hat mit den ersten Challenges bereits erfolgreich vorgelegt und wird bald voll arbeitsfähig sein. Die Long-Covid- und ME/CFS-Forschung werden wir uns natürlich trotzdem und auch unabhängig von diesem Unionsantrag im Verfahren nochmal genauer angucken.

Zur Linken: In Ihrem Entschließungsantrag teilen wir durchaus Teile der Problembeschreibung. Sanierungsstau, Lehrkräftemangel, BAföG und Co. - Da muss was geschehen. Mit dem Startchancen-Programm gehen Bund und Länder mit immerhin 20 Milliarden Euro. Das ist kein Pappenstiel, sondern das größte Programm, das es jemals in diesem Bereich gab. Da gehen wir für Schulen in benachteiligten Quartieren einen großen Schritt voran. Diese 20 Milliarden werden verlässlich von Bund und Ländern bereitgestellt werden. Und diese Forderung von Ihnen ohne Gegenfinanzierungsvorschläge sind deshalb für uns problematisch, auch wenn ich inhaltlich da einiges teile. Aber wir sind halt in einem Haushaltsaufstellungsverfahren und da kommt es auch auf Gegenfinanzierungsvorschläge an. In diesem Sinne: Wir sind dann gespannt auf das weitere parlamentarische Haushaltsverfahren, das eben dann im Haushaltsausschuss stattfinden wird. Vielen Dank!

Der Vorsitzende: Für die AfD-Fraktion Dr. Götz Frömming.

Abg. Dr. Götz Frömming (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Jarzombek hat angesprochen, wir bräuchten Technologiewettbewerb. Das ist natürlich richtig. Aber zu einem gesunden Wettbewerb gehört natürlich auch die Technologieoffenheit. Die gibt



es in diesem Ausschuss nicht. Wir dürfen über Kernfusion reden, aber nicht über die Kernspaltung, die ja hier sicherlich auch diskutiert werden müsste. Da haben sich leider die selbsternannten demokratischen Fraktionen hier in die Geiselhaft der Grünen begeben. Und Herr Jarzombek, das begann auch schon zurzeit von der Kanzlerin Merkel. Wir sehen nur zaghafte Bemühungen, dass Sie sich aus dieser Geiselhaft tatsächlich befreien wollen.

Zum Haushalt selbst: Wir sehen ebenso wie der Bundesrechnungshof mit großer Sorge, dass inzwischen über die Hälfte der Mittel – genauer gesagt 55 Prozent – in dauerhaften Projekten, insbesondere in Bund-Länder-Vereinbarungen, gebunden sind. Das ist wieder ein Aufwuchs um weitere 4 Prozent. Das bedeutet natürlich, dass dieser sogenannte Zukunftshaushalt immer weniger Spielräume hat, um ambitionierte Großprojekte, wie beispielsweise auch die Forschung zur Kernfusion, angemessen zu finanzieren. Da hätten wir die Frage an die Bundesregierung, ob Sie diese Entwicklung, also die immer weitere Verstetigung dieser gebundenen Mittel, nicht auch als Problem sehen. Zweiter Problemkontext: Die Selbstbewirtschaftungsmittel der außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben erneut eine Rekordhöhe erreicht. Die Gelder werden bekanntlich am Jahresende auf speziellen Konten geparkt, über eine Milliarde Euro sind es. Welche Höhe hält hier das BMBF künftig für angemessen? Das ist auch alles Geld, das sozusagen für Zukunftsprojekte dann nicht zur Verfügung steht. Und schließlich dann noch eine Frage, auch zur Kontrolle der außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Hier spricht der Bundesrechnungshof von einem drohenden Kontrollverlust. Welche Initiativen hat das Bundesministerium für Forschung hier ins Auge gefasst, um künftig die Mittelausgabe durch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen besser zu kontrollieren?

Und ein paar Minuten habe ich noch. Deshalb nochmal die Gretchenfrage. Es sollen jetzt Brennpunktschulen bessergestellt werden durch das sogenannte Startchancen-Programm. Gleichzeitig ist der DigitalPakt noch gar nicht bewältigt. Wie wollen Sie hier versuchen, diesen Spagat hinzubekommen? Die Länder fragen zu

Recht nach dem DigitalPakt. Wird der ordentlich zu Ende geführt oder wird der dann zugunsten des Startchancen-Programms beerdigt? Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Und für die FDP-Fraktion Kollegin Ria Schröder.

Abg. **Ria Schröder** (FDP): Danke, Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir steigen mit dem Haushalt 2024 in die Konsolidierung ein. Das ist nach der Corona-Zeit ganz wichtig, dass wir die Schuldenbremse wieder einhalten und ein großer Erfolg. Uns ist aber als Fraktion wichtig, dass wir mittelfristig auch nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ konsolidieren. Weniger konsumieren und mehr investieren, nämlich ganz besonders auch in Bildung und Forschung. Aus unserer Sicht ist in diesem Haushalt die Fusionstechnologie besonders wichtig, auch aus der Debatte, die wir eben gehört haben. Diese hat ein fantastisches Potenzial für unsere Energiegewinnung von übermorgen. Auch das haben wir gehört. Deutschland gehört hier weltweit zu den Technologieführern, und deswegen ist es wichtig, in diese Technologie auch mit dem Haushalt 2024 zu investieren. Wir tun das. Der PFI ist genannt worden, insbesondere auch in der institutionellen Förderung. Das IPP hatten wir da, das KIT und auch das Forschungszentrum Jülich mit rund 150 Millionen Euro, die wir hierfür bereitstellen. Und auch in der industriellen Forschung gibt es Gelder, die hierfür zur Verfügung stehen. Wir haben gehört, dass es noch ein langer Weg ist, aber ich denke, und wir sehen das so, dass wir mit diesem Haushalt einen ganz klaren Schritt in die richtige Richtung gehen und diesen Weg beschreiten.

Zweitens möchte ich zum Thema Long Covid, ME/CFS kommen, weil ich das ein bisschen problematisch finde, wenn wir uns hier gegenseitig vorwerfen würden, wir hätten keine Empathie für die Betroffenen. Das kann ich, glaube ich, für alle in diesem Raum sagen: Die Empathie ist da und es ist auch eine Frage des Respekts, dann auch ehrlich zu sein. Denn es reicht nicht, nur Geld zur Verfügung zu stellen, sondern es muss dann auch Forscherinnen und Forscher geben, die das Geld in Anspruch nehmen. Und die Kapazitäten – das haben wir leider auch in der Vergangenheit gesehen –



werden auch zum Teil nicht abgerufen. Und deswegen kann man natürlich Geld ins Schaufenster stellen und sagen, es muss natürlich auch eine Qualität in der Forschung geben. Sie können sich das gerne - Zwischenruf - Da können Sie gern gleich noch einmal drauf eingehen. Und deswegen ist es wichtig, nicht nur Geld ins Schaufenster zu stellen. Aber ich fände es ganz gut. Es ist wirklich seit mehreren Ausschusssitzungen hier der Fall, dass Sie mir hier ständig ins Wort fallen, und das finde ich nicht in Ordnung. Das ist hier auch eine Frage des Respekts, die wir untereinander haben.

Zum Thema ME/CFS, auch das ist ja ein großer Teil der Frage der Gesundheitsdaten-Forschung. Auch dafür stellen wir mehr Geld zur Verfügung und ich glaube, deswegen sind wir da auf einem guten Weg. Und es ist auch unsere gemeinsame Verantwortung, auch nach außen zu tragen, welche Fortschritte wir in dem Bereich machen. Auch das BMG ist da beteiligt. Aber wir haben hier im Bereich der Forschung ganz große Fortschritte, die wir mit den Mitteln im Haushalt 2024 unterstützen. Letzter Punkt vielleicht, weil mir das wichtig ist, weil das BAföG auch angesprochen wurde. Wir haben im Rahmen der Kindergrundsicherung einen ganz wichtigen Erfolg erzielen können, auch für diejenigen, die studieren und in Ausbildung sind. Nämlich die volljährigen Berechtigten für die Kindergrundsicherung. Und die bekommen nämlich den Garantiebetrug in Zukunft direkt ausgezahlt. Und ich glaube, das ist etwas, was auch diejenigen, die sich in Ausbildung befinden, unterstützt und ihnen die Möglichkeit gibt, unabhängiger von ihrem Elternhaus zu studieren, und eine Ausbildung zu machen. Und das ist ein großer Erfolg, den wir hier erzielt haben. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Ich rufe jetzt auf für Die Linke die Kollegin Dr. Petra Sitte.

Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE.): Herr Kaczmarek, Opposition - erwartbar und uninspiriert. Da will ich vielleicht mal ganz grundsätzlich anmerken: Wie oft haben wir uns hier im Bundestag darüber unterhalten, wie sehr der Bildungserfolg in diesem Land davon abhängig ist, wo die Kinder herkommen, welche soziale Herkunft sie haben? Das war unser gemeinsamer Punkt, den wir hier immer gegenüber bisherigen Koalitionen kritisiert haben.

Und da muss ich sagen, habe ich von den Ampelparteien bzw. Ampelfraktionen deutlich mehr erwartet. Das war meine große Enttäuschung, dass ein Bildungshaushalt von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP die Bildung immer wie eine Monstranz vor sich hergetragen haben. Wir auch. Aber dass Sie diesen Haushalt gekürzt haben, das muss man ganz klar sagen. Und das Problem ist, das fällt in eine Zeit, in der wir über Kinderarmut und über Bildungsarmut sprechen und über eine Bildungskette, bei der schon am Anfang das schwächste Glied besteht. Und deshalb haben wir in unserem Antrag erstens darauf abgehoben, eben genau darüber zu reden: Was ist denn notwendig? Und deshalb haben wir auch davon gesprochen, diese Idee, einen Sonderfonds für Bildung zu beantragen, aufgegriffen und selbst entwickelt. Also diese 100 Milliarden Euro Sondervermögen nichts gegen den von der Bundeswehr – also mir persönlich schon –, aber wer das tut, muss auch das andere Mal in Erwägung ziehen. Ihre Parteivorsitzende hat es getan. Und der Bildungsgipfel in Dresden beispielsweise hat schon damals ab 2015 vorgesehen, dass 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und Forschung ausgegeben werden. Das ist nie passiert, weder unter Rot-Schwarz noch jetzt. Und das halte ich für hochproblematisch. Und Bildungsausgaben, Herr Jarzombek, und Sozialausgaben sind nicht einfach konsumtiv. Ich halte das für eine völlig falsche Einschätzung, sowohl im Bildungsbereich und erst recht im Sozialbereich. Dass wir im Sozialbereich so hoch liegen, hat damit zu tun, wie dieses Land aufgestellt ist. Die Schlaglöcher, die durch diese Art des Wirtschaftens und der Aufstellung, der Benachteiligung von Leuten in diesem Land entstehen, werden durch öffentliche Gelder, durch den Haushalt kompensiert. Das muss man schon nochmal ganz klar sagen. Deshalb ist uns also wichtig, die ganze Frage des Sanierungsstaus aufzugreifen. Es ist uns wichtig, die Fragen von Studienplätzen und den Lehrermangel grundständig anzugehen und das eben dann auch mit entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen zu versehen. Denn derzeit sind am meisten die Lehrer im öffentlichen Schulsystem demotiviert. Und wir wollen eben auch vor diesem Hintergrund der Chancen – und Sie nennen sich



Chancenministerium – das Bundesprogramm für Studierendenwohnheime und eben auch das BAföG reformieren. Sie haben sich das selbst auf die Liste genommen, und Sie hätten unsere volle Unterstützung, wenn es nur stattfände. Im Haushalt zeichnet sich es nicht ab. Ansonsten kann ich nur auf unseren Antrag verweisen. Wir haben das deshalb so gestaltet, weil wir das gern im Zusammenhang sehen wollen und im Zusammenhang diskutiert sehen wollen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für die Runde der Berichterstatterinnen und Berichterstatter. Noch einmal der Hinweis, dass der Regierungsentwurf im Juli veröffentlicht wurde und wir hier in der letzten Sitzungswoche, in unserer Ausschusssitzung am 27. September, Ministerin Stark-Watzinger zu Gast hatten, die auch länger als üblich mit uns über den Etat diskutiert hat. Nichtsdestotrotz sind jetzt noch Fragen aufgetaucht und für die Beantwortung würde ich jetzt Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Jens Brandenburg das Wort erteilen. Bitte schön.

PStS Dr. Jens Brandenburg (BMBF): Vielen herzlichen Dank. Ich fange mal an bei Frau Kollegin Sitte bzw. diesen Punkt an, die auch mehrere Kollegen hier mit angesprochen haben. Nochmal die Frage: Einerseits 10 Prozent für Bildung und Forschung, einfach nur der Hinweis, dass diese 10 Prozent nahezu erreicht sind. Da gab es nochmal massive Verbesserungen, auch in den letzten wenigen Jahren. Da sind wir kurz vor dieser ambitionierten Zielerreichung angekommen. Zum Haushalt als solcher, da wurde auch mehrfach hier betont, wie stark er doch gekürzt worden sei. Da möchte ich einfach darauf hinweisen, dass diese 1,2 Milliarden Euro, die immer im Raum stehen, sich zusammensetzen aus einerseits 500 Millionen Euro, die man natürlich dann im Einzelplan 60 an anderer Stelle als dieselbe Summe für das Startchancen-Programm wiederfindet. Das sollte man in den Gesamtblick mit aufnehmen. Und zum anderen aus 700 Millionen Euro, die, jedenfalls seitens der parlamentarischen Opposition im letzten Haushaltsverfahren, politisch nicht als Haushaltsaufwuchs anerkannt wurden. Da verwundert es doch ein wenig, dass dieselben 700 Millionen Euro für die Einmalzahlung, die als einmalige Leistung gedacht war, damals nicht als Aufwuchs anerkannt wurde, politisch jetzt als

Reduzierung vermarktet werden soll. Darauf möchte ich nur hinweisen, weil hier manchmal sehr, sehr wild auch mit Zahlen argumentiert wird.

Ansonsten sehr konkrete Nachfragen nochmal vom Kollegen Frömming an der Stelle. Sie haben nach der hohen Bindung der Mittel gefragt. Das betrifft die PFI, den Zukunftsvertrag und vieles mehr. Das schränkt natürlich in der Tat ein. Das sind keine rechtsverbindlichen Verträge, sondern die stehen natürlich alle unter Haushaltsvorbehalt. Aber seitens der Bundesregierung stehen wir zu diesen Zusagen. Und wir sind der Überzeugung, dass das auch für die Planbarkeit, insbesondere im Wissenschaftssystem, elementar ist, dass wir diese Zusagen auch einhalten und im letzten Jahr insbesondere beim Zukunftsvertrag, die Dynamisierung auch neu durchgesetzt haben. Insofern, ja, schränkt das den Spielraum ein. Bedeutet, an anderer Stelle muss man dann in schwierigen Zeiten natürlich stärker priorisieren. Aber das ist eine bewusste Entscheidung genau in diese Richtung.

Zur Frage der Selbstbewirtschaftungsmittel: Wie viel ist da angemessen? Na ja, es gibt da einerseits natürlich die rechtliche, gesetzliche Grundlage. Bis zu 100 Prozent wären da möglich. Es ist aber im Austausch mit dem Haushaltsausschuss, auch über die letzten Jahre, natürlich der Wunsch sehr deutlich geworden, dass diese 100 Prozent möglichst nicht ausgenutzt werden sollen. Und so hatten wir, nicht nur bei den Betriebsmitteln, sondern inzwischen auch bei den Investitionsmitteln - aber in sehr enger Absprache und Rückkopplung auch mit dem BMBF natürlich - an der Stelle Mechanismen aufgesetzt, die jetzt sukzessive nicht nur unter 80 Prozent, sondern diese Selbstbewirtschaftungsmittel weiter abbauen. Dies ist insbesondere bei Helmholtz-Gesellschaft, war auch im vergangenen Jahr in den Haushaltsberatungen intensives Thema und hatte sehr konkrete Maßnahmen seitens der Helmholtz-Gemeinschaft selbst zur Folge. Denn in der Tat, Sie haben darauf hingewiesen, das ist auch unser Interesse natürlich, dass einerseits die Mittel tatsächlich zeitnah genutzt werden, andererseits, das würde ich seitens BMBF aber dann auch betonen, dass das Ziel nicht ist, überall auf Null herunterzukommen. Denn es gibt gute Gründe im



Kontext der Wissenschaftsfreiheit, dass der Gesetzgeber da auch einen gewissen Spielraum gelassen hat. Aber da, wo sich etwas besonders auffällig nach oben entwickelt hat, möchte ich Ihnen versichern, sind wir auch mit den jeweiligen Forschungseinrichtungen in sehr engem Austausch, auch das zu ändern.

Sie haben zur Kontrolle der AuF und Mittelverwendung gefragt, da einfach nochmal der Hinweis: Es betrifft insbesondere Fraunhofer. Da haben wir auch hier im Ausschuss darüber berichtet. Nach den Berichten, die auch im Frühjahr dieses Jahres nochmal hier im Parlament diskutiert wurden, haben wir sehr kurzfristig nochmal entsprechende zusätzliche Maßnahmen, auch nochmal mehr Informationen, abgefragt. Auch bei uns im Haus haben wir nochmal personell verstärkt. Also an der Stelle ist das sehr intensiviert worden und wie angekündigt haben wir im Frühjahr darüber im Ausschuss gesprochen, ist das eine Frage von Compliance: Was passiert dann auch mit den Steuermitteln, die wir seitens des Bundes zur Verfügung stellen? Was passiert da? Wo wir dann im weiteren Schritt auch übergreifende Lösung in den Blick nehmen.

Zum Startchancen-Programm und DigitalPakt: Das Startchancen-Programm war der Aufhänger Ihrer Frage. Sie haben nach dem DigitalPakt gefragt. Da würde ich unterscheiden, einerseits natürlich den laufenden DigitalPakt Schule. Die Mittel, die für diesen DigitalPakt Schule bereitstehen, sollen selbstverständlich auch wie geplant für diesen DigitalPakt am Ende genutzt werden. Wir haben einen sehr erfreulichen Anstieg der Mittelbindung, jetzt auch in den vergangenen Monaten nochmal zu verzeichnen. Das ist gut, der Mittelabfluss. Naturgemäß hinkt das immer etwas hinterher. Das ist nur der finale Schritt, dass auch Bundesgelder in die Landeskassen mit überwiesen werden. Diese Gelder stehen zum großen Teil noch bis 2025 zur Verfügung. Bei den länderübergreifenden Vorhaben können sie auch bis 2026 noch abgerufen werden. Und wir gehen derzeit davon aus, dass diese Mittel tatsächlich vollständig oder fast vollständig jedenfalls am Ende dann auch ausgenutzt werden. Also da gehen wir nicht von Restbeständen nennenswerter Größenordnung aus.

Das zweite ist natürlich der DigitalPakt 2.0, dieser wurde auch von Kollegen noch mit angesprochen.

Das ist ein Thema, wo wir gerade natürlich mit den Ländern in sehr engen Verhandlungen sind, aber eher die Jahre danach betrifft.

Der **Vorsitzende**; Danke, Herr Staatssekretär. Ich schließe damit jetzt die Aussprache und wir steigen ein in die Abstimmungen. Die Fraktionen haben jeweils Einzelabstimmung gewünscht. Deshalb bitte ich jetzt um die notwendige Aufmerksamkeit.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143a.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143a.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf der Ausschussdrucksache 20(18)143b.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143b.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143c.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143c.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143d.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143d.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143e.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die



Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143e.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143f.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143f.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143g.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143g.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143h.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143h.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143i.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143i.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143j.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143j.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf der Ausschussdrucksache 20(18)143k.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143k.

Änderungsantrag 20(18)143l von der AfD-Fraktion.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143l.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143m.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143m.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf der Ausschussdrucksache 20(18)143n.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143n.

Änderungsantrag der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143o.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143o.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143p.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(18)143p.



Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143q.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die
Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des
Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143q.**

Änderungsantrag der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143r.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die
Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des
Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143r.**

Änderungsantrag der AfD auf der
Ausschussdrucksache 20(18)143s.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die
Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des
Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143s.**

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143t.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die
Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des
Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143t.**

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143u.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die
Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des
Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143u.**

Änderungsantrag der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143v.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die
Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des**

**Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143v.**

Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf der
Ausschussdrucksache 20(18)143w.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und DIE LINKE gegen die
Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des
Änderungsantrags der Fraktion der AfD auf
Ausschussdrucksache 20(18)143w.**

Änderungsantrag der CDU/CSU-Fraktion auf der
Ausschussdrucksache 20(18)141a.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU
und DIE LINKE bei Stimmenthaltung der
Fraktion der AfD die Ablehnung des
Änderungsantrags der Fraktion der CDU/CSU auf
Ausschussdrucksache 20(18)141a.**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf
Ausschussdrucksache 20(18)141b.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der
Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der
Fraktion der AfD die Ablehnung des
Änderungsantrags der Fraktion der CDU/CSU auf
Ausschussdrucksache 20(18)141b.**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf
Ausschussdrucksache 20(18)141c.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der
CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE
LINKE die Ablehnung des Änderungsantrags der
Fraktion der CDU/CSU auf Ausschussdrucksache
20(18)141c.**

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung zum
Gesetzentwurf der Bundesregierung auf
Bundestagsdrucksache 20/7800.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP gegen die Stimmen der Fraktionen
CDU/CSU, AfD und DIE LINKE die Annahme des
Gesetzesentwurfs auf Drucksache 20/7800.**



Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf
Ausschussdrucksache 20(18)142.

**Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der
Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der
Fraktion DIE LINKE die Ablehnung des
Entschließungsantrags der Fraktion DIE LINKE
auf Ausschussdrucksache 20(18)142.**

Damit schließe ich die Abstimmungen zum
Tagesordnungspunkt 1 und bedanke mich für die
Aufmerksamkeit.

Tagesordnungspunkt 2

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Zweiter Bericht der Bundesregierung über die
Fortschritte der Nationalen Dekade
für Alphabetisierung und Grundbildung 2016 bis
2026**

(Fortschrittsbericht 2019 bis 2022)

BT-Drucksache 20/8200

Der **Vorsitzende**: Ich rufe jetzt auf den
Tagesordnungspunkt 2: Unterrichtung durch die
Bundesregierung. "Zweiter Bericht über die
Fortschritte der Nationalen Dekade für
Alphabetisierung und Grundbildung 2016 bis
2026" auf der Bundestagsdrucksache 20/8200.

Wir haben als Ausschuss hierfür die Federführung
und es ist ein Thema, das in der letzten
Sitzungswoche im Plenum, leider abends spät,
nichtsdetotrotz sehr intensiv diskutiert wurde,
weil in Deutschland 6,2 Millionen erwachsene
Menschen in keiner Sprache ausreichend lesen
und schreiben können. In der Mehrzahl sind es
Deutsche. Vor dem Hintergrund dieser
erschreckenden Zahl, haben Bund und Länder im
Jahr 2011 die Initiative zu einer gemeinsamen
nationalen Strategie zu Alphabetisierung und
Grundbildung Erwachsener in Deutschland
ergriffen. Und wir können heute über die Frage
der Zielerreichung sicherlich miteinander ins
Gespräch kommen und welche Schritte
notwendig sind, um funktionalen
Analphabetismus deutscher Erwachsener in
Deutschland spürbar zu verringern und das
Grundbildungsniveau zu erhöhen. Zu den
Fortschritten und zu den aktuellen Aktivitäten
des Bundes erteile ich das Wort dem

Parlamentarischen Staatssekretär Jens
Brandenburg.

PSSt **Dr. Jens Brandenburg** (BMBF): Vielen
herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe
Kolleginnen und Kollegen! Sie haben es gerade
erwähnt: Rund 6,2 Millionen deutschsprachige
erwachsene Menschen können nicht oder nur auf
niedrigstem Niveau lesen und schreiben. Welche
Konsequenzen das hat, haben wir in der ersten
Lesung im Plenum bereits ausgiebig diskutiert.
Mit der Alphadekade setzen wir eine gemeinsame,
gesamtgesellschaftliche Anstrengung fort, und
zwar verfolgen wir gemeinsam mit den Ländern
das Ziel, Erwachsene zum Weiterlernen zu
motivieren und ihnen auch entsprechend
adäquate Angebote zu machen. Seit dem ersten
Bericht vor vier Jahren, konnten wir in der
Alphadekade weitere Erfolge erzielen. So haben
wir beispielsweise das VHS-Lernportal
weiterentwickelt. Dieses Lernportal bietet
umfangreiche digitale Bildungsangebote in den
Bereichen Deutschlernen, Lesen, Schreiben und
Rechnen an. Die Zahl der Lernenden hat sich seit
Anfang 2020 von damals rund 167.000 auf über
1,6 Millionen verzehnfacht. Eine wirklich sehr
deutliche Entwicklung. Triebkräfte waren und
sind dabei vor allem die Pandemie und auch die
anhaltende Zuwanderung. Den
Sonderschwerpunkt Lesen, Schreiben, Rechnen
im Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus
fördern wir außerdem mit 2,5 Millionen Euro
jährlich. Damit können an über 150 Standorten
bundesweit für die Zielgruppe ganz
niedrigschwellige Sensibilisierungs- und
Lernangebote umgesetzt werden. Außerdem
fördern wir seit 2021/22 35 neue Forschungs- und
Entwicklungsvorhaben zur Alphabetisierung und
auch zur Grundbildung Erwachsener mit einem
Gesamt volumen von etwa 38,5 Millionen Euro.
Damit werden innovative Ansätze für die
Alphabetisierung und eben auch für die
Grundbildung Erwachsener entwickelt, erprobt
und in die Fläche getragen. Der finanzielle
Umfang sämtlicher BMBF-Maßnahmen beträgt für
den gesamten Berichtszeitraum etwa 107 Millionen
Euro. In Umsetzung des Beschlusses des
Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages
von den vergangenen Haushaltsberatungen – das
war damals im Oktober 2022 – werden im
laufenden Jahr darüber hinaus in rund 60
Volkshochschulen sogenannte Lerntreffs



gefördert, die gering literalisierten Erwachsenen einen niedrigschwelligen Zugang zu Lernangeboten ermöglichen. Wir wollen auch in den nächsten beiden Jahren für weitere Lerntreffs eine Anschubfinanzierung gewähren. Zudem starten wir ab 2024 neue Projekte – das habe ich in der ersten Lesung bereits erwähnt –, in denen nachhaltige Strukturen zur Beratung, Betreuung und Qualifizierung gering literalisierter Erwachsener entlang sogenannter Grundbildungspfade entwickelt und erprobt werden. Dafür sind insgesamt 24 Millionen Euro eingeplant. Wir werden uns also weiter dafür einsetzen, Erwachsenen mit geringer Grundbildung neue Perspektiven der Weiterbildung zu geben. Ich möchte auch hier fraktionsübergreifend mal den Dank in Richtung des Parlaments nochmal ausdrücklich aussprechen. Das ist ja eine gemeinsame Kraftanstrengung. Ein großes Dankeschön dafür und ich freue mich sehr auf die Diskussion.

Der **Vorsitzende**: Danke schön für Ihre Einführung. Ich eröffne jetzt die Berichterstatte(r)innen- und Berichterstatte(r)errunde und es beginnt für die SPD-Fraktion Dr. Carolin Wagner.

Abg. **Dr. Carolin Wagner** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und vielen Dank an die Bundesregierung für die Vorlage des Berichts. In diesem können wir lesen, dass die gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren Früchte tragen. So zeigt die externe Evaluation, dass sowohl die gewünschten Zielgruppen erreicht werden konnten als auch geringe Literalität enttabuisiert, also Vorurteile abgebaut wurden und Grundbildungsangebote stärker in die jeweilige Lebenswelt verankert wurden. Die Zahl der gering literalisierten Menschen in Deutschland geht zurück und das ist auch gut so. Es gilt jetzt – und das sage ich eben in Richtung der Bundesregierung – am Ball zu bleiben und die guten Ergebnisse zu verstetigen. Wir brauchen langfristige Sicherheit für die vielen engagierten Menschen im Ehrenamt und für das geschulte Bildungspersonal, die da über ganz viele Projekte wertvolle Arbeit leisten. Und außerdem sollte die Vermittlungskompetenz vertieft werden, auch und vor allem im digitalen Bereich. Wie in allen Lebensbereichen bietet uns auch hier die

Digitalisierung viele spannende Möglichkeiten. Doch es besteht eben die Frage, ob auch das Lehrpersonal bzw. die gering literalisierten Erwachsenen von solchen neuen Tools und Angeboten, wie Apps und digitalen Lernplattformen auch wirklich profitieren können, wenn eventuell etwaige Digitalkompetenzen fehlen. Deswegen drei Fragen: Könnten Sie bitte noch einmal ausführen, Herr Staatssekretär, wieweit Lern- und Lehrkompetenzen im digitalen Rahmen, also für Tools, Plattformen und Apps, verstärkt innerhalb der Alphadekade in den Fokus genommen und gefördert werden können oder durch welche anderen Möglichkeiten das der Fall ist, um Digitalkompetenzen zu verstärken? Zweitens: Die Alphadekade Ende 2026. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die entstandenen Initiativen zu verstetigen und Sicherheit für die dort engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen zu gewährleisten? Und drittens: Diese Sicherheit muss auch für die vielen Forschungsprojekte zur Alphabetisierung über die Dekade hinausgegeben sein. Wie sieht es mit der Fortschreibung hier über 2026 aus?

Der **Vorsitzende**: Und für die CDU/CSU-Fraktion Daniela Ludwig.

Abg. **Daniela Ludwig** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Verehrter Staatssekretär, zunächst vielen Dank für die Ausführungen, für die Vorlage des Berichts, aber insbesondere auch für die Vertiefung dessen, was wir letzte Woche schon im Plenum sehr erfreut zur Kenntnis genommen haben. Wir unterstützen ausdrücklich die Lerntreffs, die Sie adressiert haben. Ich glaube, das ist ein sehr, sehr gutes, niedrigschwelliges Angebot. Wir wissen alle, dass das Thema, nicht richtig lesen und schreiben zu können, sehr schambehaftet ist. Und da müssen wir einfach so gut es geht, an die Leute herankommen, die bereit sind zu bekennen, dass sie da ein Problem haben. Und ich denke, dass das ein guter Weg ist, den Sie beschreiten. Insbesondere begrüßen wir auch ausdrücklich – und das muss auch mal, wie ich finde, bei einem so wichtigen Thema möglich sein –, dass es ab 2024 nochmal neue Impulse gibt. Insofern warten wir gespannt darauf, was ab 2024 noch kommt und sich insbesondere an die Erwachsenen richten wird. Ich will aber schon nochmal den



Appell wiederholen, den ich hier an unterschiedlicher Stelle schon bei unterschiedlichen Themen ausgesprochen habe. Wir müssen verhindern, dass es ohnehin so weit kommt, dass wir im Erwachsenenalter reparieren müssen. Das heißt, frühkindlich einsteigen ist auch bei dem Thema, glaube ich, das Mittel der Wahl. Dass wir den Erwachsenen helfen, die Probleme haben und die Hilfe auch annehmen wollen, ist für mich selbstverständlich. Es gibt genügend, die es nicht wollen. Aber ich denke, unser aller Bemühen muss dahingehend unterwegs sein – ressortübergreifend wohlgemerkt –, dass wir frühkindlich noch viel, viel stärker einsteigen. Alle Studien, die wir hier auch schon rauf und runter diskutiert haben, weisen darauf hin, dass wir bei den Grundkompetenzen in jungen Jahren erhebliche Schwächen haben. Also auch dieses Thema nicht nur reparieren, sondern frühzeitig vorsorgen, wäre unser Thema. Ich will jetzt nicht wieder den Kalauer mit den Sprach-Kitas bringen, aber es passt einfach ehrlicherweise hier auch so schön. Und insofern hat Kollege Albani recht, wenn er sagt: Das ist kein Kalauer, bitte wirklich alles betrachten, wir müssen frühkindlich deutlich besser werden. Das sage ich in aller Deutlichkeit auch für meine Fraktion. Das sind wir bereit mitzugehen, wenn es da Bestrebungen gibt. Das ist einfach die Bitte, aber auch das ausdrückliche Dankeschön für das, was Sie an Neuigkeiten mit dabei hatten.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Und für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Marlene Schönberger.

Abg. **Marlene Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Ich freue mich natürlich auch, dass wir heute nochmal vertieft über das Thema Alphabetisierung reden. Ich glaube, wir erleben alle, dass den meisten Menschen nicht bewusst ist, dass tatsächlich mehr als 6 Millionen Menschen in Deutschland nicht richtig lesen und schreiben können. Und wieder andere behaupten, dass das rein ein Problem von Menschen wäre, die eine Migrationsgeschichte haben, nicht richtig lesen und schreiben zu können. Und das ist eine Falschbehauptung, bei der es natürlich in Wirklichkeit gar nicht um das Thema Alphabetisierung geht, sondern darum, rassistische Narrative zu verbreiten. Das haben

wir in der Plenardebatte gesehen und ich fürchte, dass wir das vielleicht heute auch wieder erleben müssen. Tatsächlich zeigen die Fakten, dass mehr als die Hälfte der Betroffenen mit Deutsch als Muttersprache großgeworden ist. Und das heißt, wir müssen da über das Schulsystem sprechen. Wir brauchen ein Schulsystem, das individuell auf Kinder eingehen kann. Und da liegen die Lösungsideen auf dem Tisch und werden bereits erprobt. Zum Beispiel multiprofessionelle Teams, weniger Notendruck und längeres gemeinsames Lernen. Natürlich ist es eine Schande, dass immer noch der finanzielle Status der Eltern maßgeblich darüber entscheidet, welchen Bildungsweg Kinder einschlagen und auch darüber, ob man die Chance hat, richtig lesen und schreiben zu können. Dies ist nicht nur eine Ungerechtigkeit, sondern natürlich auch ein Demokratieproblem. Denn wer nicht richtig lesen und schreiben kann, kann sich nicht richtig in politische Debatten einbringen und wird viel weniger gehört. Jahrelang wurde da gespart beim Thema Bildungsgerechtigkeit. Ich freue mich, dass wir jetzt mit den Projekten Starchancen-Programm und der Kindergrundsicherung, zwei zentrale Gerechtigkeitsthemen umsetzen werden. Das ist wirklich großartig. Aber es reicht natürlich nicht, nur auf junge Menschen zu schauen, sondern wir müssen auch den Erwachsenen, die jetzt unter geringer Literalität leiden, alle möglichen Unterstützungsangebote machen. Und ich glaube, die beste Waffe gegen die Scham, die viele Menschen davor abhält, sich Hilfe zu holen, ist Sichtbarkeit. Das machen wir heute hier. Das haben wir in der Plenardebatte gemacht, aber auch mit der Alphadekade, die ja noch bis 2026 läuft, sorgen wir für Sichtbarkeit für das Thema. Wir sorgen für Sichtbarkeit der ganzen Angebote, und Anlaufstellen, die es für Betroffene und Angehörige gibt und diese registrieren das auch, dass es sehr positiv ist, was da gerade passiert. Und da möchte ich mich mit meiner Frage an meine Kollegin Wagner anschließen: Was ist da geplant, um auch über 2026 hinaus diese Aufmerksamkeit, die Angebote und die Erkenntnisse, die wir haben, zu sichern und aufrechterhalten zu können?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Kollegin Schönberger. Hier im Saal hatten wir ein gewisses Brummen. Wir konnten Sie nichtsdestotrotz gut verstehen. Weil die Frage immer wieder



auftaucht: Die Bundestagsverwaltung hat mir mitgeteilt, dass ab 2025 die Mikrofonanlage erneuert wird. Ich glaube, wir haben vor zehn Jahren schon mal angeregt, dass dies passiert. Ich rufe jetzt auf für die AfD-Fraktion Kollegin Höchst.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Ja, vielen Dank für das Wort. An die Kollegin von den Grünen: Das hier ist kein Widerstreit der Narrative, sondern hier geht es einfach um Fakten. Und deswegen zitiere ich jetzt jemanden, der es wissen muss. Aus der Welt Online bereits 2020: "Wir waren uns immer bewusst, dass über den Fluchtweg nur wenige Fachkräfte ankommen", wird der Chef der Flüchtlingsbundesamts zitiert. Jeder sechste Teilnehmer eines Integrationskurses in Deutschland kann nicht lesen und schreiben. Ich zitiere weiter: "Bei den Analphabeten handelt es sich vorwiegend um Geflüchtete", sagt Hans-Eckardt Sommer damals der Rheinischen Post. Rund 17 Prozent der Teilnehmer der Integrationskurse seien Analphabeten. Seitdem hat sich an der Einwanderungspolitik der Bundesregierung nichts Signifikantes geändert. Das ist schlecht für Deutschland, wo man sich mit viel Steuergeld der Bildung von erhofften Fachkräften von anderswo widmet, aber vor den Herausforderungen eines kollabierenden Schulsystems seit Jahren die Augen verschließt. Sehen Sie werte Kollegen, wir müssen dringend darauf schauen, dass wir hier zwei unterschiedliche Problemstränge haben und die in der Analyse auch mit den Elefanten im Raum ganz klar benennen. Weil die Strategien unterschiedlich sein müssen. Unter anderem geht es darum, zu benennen, dass wir mit jedem neuen Flüchtlingszuzug, auch immer weiter zusätzliche Analphabeten hier in Deutschland willkommen heißen. Das ist ein Problemstrang. Und der andere Problemstrang ist: Wie ist es überhaupt möglich, dass aus unserem hervorragenden deutschen Bildungssystem so viele Menschen hervorgehen, die anschließend nicht des Lesens und des Schreibens mächtig sind. 6,2 Prozent, die Mehrheit davon sind deutsch muttersprachlich. Und da würde ich auch bitten, in der Analyse genau drauf zu schauen, was das womöglich mit dem Zerschlagen unseres Förderschulsystems, mit dem Zerschlagen unseres dreigliedrigen Schulsystems zu tun hat. Da müssen wir ja draufschauen, wenn Leute von diesen Schulen

abgehen und nicht lesen und schreiben können, kann man das hier nicht mit irgendwelchen Märchenerzählungen oder – zu neudeutsch – Narrativen wegbügeln. Das geht einfach nicht. Da müssen wir uns ehrlich machen. Und wenn wir also geschaut haben, dass wir das Problem tatsächlich ehrlich lösen wollen, dann kommen wir zu dem Punkt, den wir alle teilen: Wir halten alle Sprache für den Schlüssel zur Welt. Und um Ideen, Gefühle, Konzepte ausdrücken zu können, ist die Beherrschung von Sprache unerlässlich. Wobei sich natürlich die Komplexität von Sprache und die gedankliche Flughöhe gegenseitig befruchten und bedingen. Gerade der rohstoffarme Bildungsstandort Deutschland, hat ein gesteigertes Interesse daran, die Leute, die wir hier zuwandern lassen, auszubilden und zu integrieren wünschen, auch zu alphabetisieren. Aber gleichzeitig und vordringlich die 6,2 Millionen mehrheitlich muttersprachlichen Menschen, von der Schule gehen, ohne alphabetisiert zu sein. Danke sehr.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Ich sage auch nochmal ausdrücklich: Wenn eine Berichterstattung erfolgt, dass dann niemand das Mikro anmacht, um dazwischen zu reden. Und ich bitte noch einmal alle, sich an die Zeiten zu halten. Die AfD hat jetzt als einzige bisher deutlich überzogen. Das muss nicht sein. Ansonsten sage ich noch einmal eindeutig, dass kein Elefant im Raum steht. Er hätte nämlich gar keinen Platz. Ich komme jetzt zu Friedhelm Boginski für die FDP-Fraktion.

Abg. **Friedhelm Boginski** (FDP): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte auch noch einmal sehr deutlich sagen, dass ich unserem Ministerium sehr dankbar bin. Auch dem Staatssekretär für seine Ausführungen. Und ich glaube, es zeigt noch einmal, wie wichtig es ist, dass wir uns mit diesen 6,2 Millionen Menschen, die alle im erwerbsfähigen Alter sind, das muss man nochmal deutlich sagen, beschäftigen. Und ich sage immer wieder: Für mich sind das Alltagshelden. Wenn man überlegt, dass so ein Lagerist, ohne einen Plan zu haben, genau weiß und sagen kann, wo welche Schraube liegt. Der hat das in seinem Gedächtnis drin. Und das finde ich schon immer sehr phänomenal. Ich habe mich auch mit Menschen unterhalten, die mit 50 Jahren angefangen haben, Lesen und Schreiben zu



lernen. Und da kann man nur den Hut ziehen. Ich will noch sehr deutlich sagen – betont wurde es ja hier schon öfter –: Das ist natürlich ein Armutszeugnis für die Bildungspolitik in den einzelnen Bundesländern. Dass wir 6,2 Millionen Menschen haben, die gering literalisiert sind und wir jetzt als Bund, als Reparaturbetrieb aufgestellt sind oder da reparieren müssen, halte ich für extrem schwierig. Deshalb meine erste Frage an den Staatssekretär: Inwieweit beteiligen sich denn die Bundesländer an diesem Gesamtprogramm? Wo können wir sagen, ist welches Bundesland da besonders aktiv und sieht nicht nur das Geld, sondern sieht auch die Chancen, die wir haben, wenn wir diese Menschen in das Berufsleben integrieren und ihnen Lesen und Schreiben beibringen?

Der zweite Punkt, der mich dabei nochmal bewegt, ist die Frage: Wir haben ja mit dem Stand von vor zehn Jahren angefangen, das Programm aufzuarbeiten. Wir haben vorhin an der Anhörung schon gemerkt, dass wir in vielen Punkten schon sehr viel weiter sind. Welche Rolle spielt zukünftig auch die KI? Im niederschweligen Bereich versuchen wir, die mit einzusetzen und versuchen diese für die Menschen nutzbar zu machen. Und der dritte Punkt, der mich nochmal interessiert: Können wir in den nächsten Jahren mit einer neuen Lehrstudie rechnen, die den Erfolg der Dekade mal insgesamt zeigt? Ist das nochmal vorgesehen, dass wir da nochmal eine neue Evaluation erhalten? Ansonsten glaube ich einfach, dass wir unserem Ministerium da sehr dankbar sein können, dass sie in dieser Art und Weise diese Dekade so intensiv hier voranbringen. Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Sie haben uns auch noch Zeit geschenkt. Ich rufe jetzt auf, als letzte in der Runde, für die Fraktion Die Linke Kollegin Nicole Gohlke.

Abg. **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Die Zahl der Erwachsenen, die eben nur auf niedrigem Kompetenzniveau lesen und schreiben können, ist glücklicherweise seit 2010 gesunken. Das ist eine gute Nachricht. Aber natürlich sind diese 6,2 Millionen Erwachsenen oder 12,1 Prozent an Erwachsenen, die eben gering literalisiert sind, viel zu viel. Und wir sehen daran natürlich auch, dass eben fehlende Grundbildung und Analphabetismus immer noch

keine Randerscheinung sind, sondern eben tatsächlich ein gesamtgesellschaftliches Problem. Und ich finde auch – das ist hier schon angesprochen worden –, dass wir uns nicht um die Diagnose drücken dürfen, dass die Existenz von so einer hohen Anzahl an funktionalen Analphabetinnen und Analphabeten schon auch natürlich Ausdruck schwerwiegender Defizite unseres Bildungssystems ist. Es wurde auch schon gesagt: Kinder aus sogenannten bildungsfernen Familien haben es in diesem Schulsystem schwerer, erhalten oft nicht die Förderung, die sie benötigen. Und das verwundert dann natürlich auch nicht, dass dann viele als Erwachsene nicht richtig lesen und schreiben können. Ich finde auch, dass in den Curricula der Lehramtsausbildung die Ursachen und auch Gegenstrategien zur Problematik des Analphabetismus noch eine sehr geringe Rolle spielen. Und es gibt auch nach wie vor zu wenige gut ausgebildete Kursleiterinnen und Kursleiter. Und da muss man auch ganz ehrlich sagen: Die, die es gibt, sind sehr schlecht bezahlt. Das sind auch nochmal ein paar Punkte, die man vielleicht in den Blick nehmen muss. Viele Projekte der Bundesregierung sind richtig und sinnvoll. Sie reichen aber nicht aus. Ich will noch mal an dem anknüpfen, was auch Daniela Ludwig gesagt hat. Wir haben eben eine Konzentration auf die Angebote, vor allem für sozusagen erwachsene funktionale Analphabeten. Und zum Beispiel gerade jetzt beim Thema Jugendsozialarbeit oder so. Da ist auch das Thema Grundbildung nicht klar verankert und verortet. Und deswegen gibt es zum Beispiel für Fachkräfte natürlich entsprechend wenig Orientierung oder auch Wegweiser. Und ich glaube, daran krankt es noch. Da müssen wir irgendwie nachsteuern. Und ich denke, wir brauchen an der Stelle auch einen Ausbau von E-Learning und Blended-Learning-Angeboten. Weil natürlich solche Angebote dann einerseits auch eine höhere Anonymität geben können, was glaube ich in dem Fall wirklich ein wichtiger Baustein auch im Zugang ist. Und weil sie dann natürlich an dieser Stelle auch mehr Flexibilität gestatten. Diese 180 Millionen Euro für die Alphadekade, die ja auf drei Ministerien aufgeteilt sind, hört sich natürlich erst mal nach viel Geld an, aber bedeutet dann runtergerechnet für jeden Betroffenen so um die 3 Euro im Jahr. Und ich glaube, da wären tatsächlich dann schon



höhere Ausgaben nötig. Ich habe mal nachgeschaut bzw. meine Mitarbeiterin: Großbritannien hatte 2001 ein Programm gegen Analphabetismus gestartet, nicht erst wie wir 2015, und die haben 3,6 Milliarden Euro in einem Zeitraum von zehn Jahren sozusagen investiert. Und ich glaube, man kann sicher nicht immer alles vergleichen, aber ich denke, wir sollten auch ein wenig beherzter, ein bisschen ambitionierter da nochmal rangehen, weil das Problem einfach doch auch über die Jahre zu groß geblieben ist.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Es gibt Fragen an Herrn Staatssekretär. Bitte schön, Herr Dr. Jens Brandenburg.

PSSt **Dr. Jens Brandenburg** (BMBF): Vielen herzlichen Dank. In der Reihenfolge, ich fange mal an mit den Fragen der Kollegin Wagner zu den digitalen Kompetenzen. Also es ist natürlich kein Programm, das ganz gezielt darauf ausgerichtet ist. Wir haben auch seitens Bundes, ich sage mal, nicht eine Maßnahme, die nur speziell darauf ausgerichtet ist. Aber es ist ein Thema – das gleich vorweggegriffen –, dass keine reine Bundesregierungssache ist, sondern wir arbeiten im Rahmen der Alphadekade eng mit den Ländern zusammen. Die sind sehr aktiv, was die Schulungsangebote angeht. Und es spielt natürlich mit Blick auf das, was sie in Richtung Weiterentwicklung etc. machen, die Digitalisierung auch eine große Rolle. Ich würde das mal zusammen mit der Frage des Kollegen Boginski, nach der Rolle von KI, beantworten, dass die sehr aktuelle Entwicklung natürlich einerseits auch Potenzial bietet. Ich denke an Sprachnachrichten oder haben wir hier im Ausschuss auch viel über ChatGPT und andere Chatbots gesprochen. Bei der Formulierung von Texten können die durchaus helfen. Aber umgekehrt ist das auch kein Selbstläufer. Denn um die auch wirklich selbstkritisch und selbstbestimmt bedienen zu können und am Ende letztendlich nicht nur Texte zu Copy and Pasten, sondern mit denen auch selbstverantwortet kritisch umgehen zu können, braucht man natürlich ungeachtet dessen Kernkompetenzen. Wie eben als solche die Grundbildung und die Schriftsprachkompetenz. Also das wird alles die Grundkompetenzen nicht ersetzen, aber natürlich ist die Welt heute eine andere als vor zehn Jahren. Also insofern spielt das eine wichtige Rolle.

Ergänzend vielleicht auch der Hinweis, dass wir KI gezielt nutzen. Ich nehme mal das Beispiel des VHS-Lernportals, wo KI auch im Sinne von Learning Analytics sehr gezielt mit eingesetzt wird, um an der Stelle eine individuellere Learning Experience zu schaffen.

Carolin Wagner hat – genau wie viele weitere Kolleginnen und Kolleginnen – nochmal angesprochen: Wie geht es denn weiter? Also auch über 2026 hinaus? Da möchte ich an der Stelle betonen, dass auch unseres Erachtens der politische Handlungsbedarf 2026 nicht vollends erledigt sein wird. Da sind wir uns völlig einig. Das zeigen ja auch die aktuellen Zahlen, die wir momentan zur Verfügung haben. Gleich vorweggenommen: Eine Abschlussevaluation soll es natürlich an der Stelle auch geben und darüber hinaus auch weitere Studien auf dem Weg dahin, die uns nochmal unabhängig davon aktuellere Zahlen mit liefern können. Aber es wird weiter Handlungsbedarf geben. Wir sind dazu auch mit den Ländern, mit der KMK konkret im Austausch, wollen aber natürlich die Ergebnisse dessen, was in der Evaluation und auf dem Weg bis dahin mit rauskommt, natürlich mit einfließen lassen. Ich würde an der Stelle aber auch betonen wollen, das betrifft weniger die Frage des Ob, sondern eher die Frage des Was und Wie: Unser Anspruch ist mit der Alphadekade nicht die Grundaufgabe und Zuständigkeit der Länder, die Grundfinanzierung von Bildung zu übernehmen, sondern immer Anstöße und Weiterentwicklung zu fördern. Insofern kann das an sich kein reines Copy and Paste sein, sondern - ich habe eben die Grundbildungspfade genannt - es geht auch darum, wirklich entsprechende Strukturen nachhaltig in den jeweiligen Regionen zu verankern. Und insofern wird es eher um die Frage gehen: Was sind denn jetzt die nächsten Schritte? Und nicht um eine reine finanzielle Verstetigung im engeren Sinne.

Frau Kollegin Ludwig: Vieles was Sie angesprochen haben, würde ich durchaus so zustimmen. Zu 2024: Das war eine Frage. In der Tat - das würde ich nochmal betonen - wollen wir die Grundbildungspfade mit Blick auf 2024 als das Kernvorhaben neu anstoßen. Ich würde Ihnen ausdrücklich zustimmen, was die große Bedeutung der frühkindlichen Bildung und auch darüber hinaus, sehr im Fokus die Grundschule



und die Iglu-Studie etc. mit angeht, um letztendlich schon präventiv vorzusorgen, dass nicht in 20, 30 Jahren noch genauso dieselben Herausforderungen da sind. Da würde ich auf zwei Dinge verweisen, die wir streng genommen außerhalb der Alphadekade machen, aber natürlich zusammen denken. Das eine: die Leseförderung in schon sehr frühen Jahren, also Lesestart 1-2-3 als ein Beispiel. Wir arbeiten mit der Stiftung Lesen bei vielen Themen sehr eng zusammen. Da gibt es eine ganze Reihe von Maßnahmen seitens des BMBF, um da sehr gezielt anzusetzen. Vorlesen, übrigens auch in sehr frühen Jahren. Und zweitens gerade die Grundschulen: Wir hatten es im Rahmen des Startchancen-Programms ja erwähnt, dass es einen sehr starken Fokus auf die Grundschulen legen wird. 60 Prozent der Startchancen-Schüler und Schülerinnen sollen an Grundschulen sein. Also wirklich ein sehr starker Fokus darauf. Und die Basiskompetenzen als solche - das ist mit der Verhandlungsgruppe der Länder jetzt auch geeint - sollen neben der Persönlichkeitsentwicklung der Schwerpunkt sein. Es soll kein Programm sein, was querbeet alles, was man in der Bildung immer mal machen wollte, berührt, sondern die Schwerpunkte stark in den Fokus rücken. Und das vielleicht, Frau Kollegin Gohlke, Sie haben es angesprochen: Die Alphadekade ist natürlich nur ein Ausschnitt dessen, was wir in dem Bereich machen. Man könnte das alles zusammen in einen Topf schmeißen, dann kämen wir auch nochmal auf höhere Summen. Aber da wäre die Gesamtschau natürlich sehr wichtig. Wir sind auch außerhalb dessen natürlich sehr aktiv in diesem Bereich.

Dann die Frage nach 2026, die hatte ich mit beantwortet, Frau Kollegin Höchst. Ich zügel mich jetzt etwas, dass ich nicht die ganz große Zuwanderungsdebatte nochmal aufmache, da haben wir an anderer Stelle diskutiert. Nur zweierlei der Hinweis an der Stelle nochmal, dass wir auch – Startchancen-Programm habe ich gerade erwähnt oder auch die Leseförderung und vieles mehr – bei den Vorhaben, die wir BMBF seitig anstoßen und umsetzen, natürlich die Korrelationen mit Migrationshintergrund sehr stark in den Fokus nehmen, um auch zielgerichtet die Zielgruppen zu erreichen. Es ist meines Erachtens im Startchancen-Programm ein wesentlicher Durchbruch, auch was die

Mittelverteilung angeht, dass wir das gemeinsam mit den Ländern nicht nach Königstein machen wollen, sondern da sozial indiziert mit vorgehen wollen. Da ist aber der Migrationshintergrund bzw. eigentlich geht es eher um die deutsche Sprache, die dann in den Familien gesprochen wird oder nicht, das Entscheidende, ein Aspekt, wenn auch nicht der einzige. Ich würde darüber hinaus nochmal darauf hinweisen, ganz konkret die Integrationskurse, die Sie angesprochen haben: Die gibt es, auch seitens der Bundesregierung gefördert, aber die sind nicht Teil der Alphadekade, sondern da hat das BAMF spezielle und dezidierte Integrationskurse, sehr spezielle Kurse für Analphabeten und gering literalisierte Erwachsene als solche. Da gibt es auch in anderen Ministerien einiges, was passiert.

Zum Kollegen Boginski an der Stelle noch: Ich würde sehr unterstreichen, dass es sehr stark um Erwerbsfähige geht, also etwa zwei Drittel der 6,2 Millionen Menschen, über die wir eben gesprochen haben, sind in Beschäftigung. Also es ist keine Minderheit, sondern die deutliche Mehrheit. Eine weitere Frage war: Beteiligen sich die Bundesländer mit daran? Ja, das ist so. Es wird gemeinsam koordiniert und nicht nur was dann Verstetigungsvorhaben etc. angeht. Sondern, ich mache es mal an zwei Punkten mit Finanzbezug fest: Die Länder tragen jedes Jahr etwa 200 Millionen Euro für die Grundbildungskurse an den Volkshochschulen. Das ist ein wesentlicher Beitrag der Länder, in deren Zuständigkeit natürlich die Frage als solche im Kern ohnehin auch liegt. Und es gibt außerdem zusätzliche Mittel aus ESF-Landesprogrammen, die dafür auch mit eingesetzt werden, und wenn ich das richtig sehe, Frau Gohlke, wurden Ihre Fragen, gerade mit Blick auf die Finanzierung mit beantwortet.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Die Bildungsforschung sagt uns – sehr kurz gesagt –: Früh lesen lernen ist eigentlich die wichtigste Präventionsmaßnahme gegen funktionalen Analphabetismus. Das heißt, früher investieren würde uns dann auch viel an Nachsorge ersparen. Nichtsdestotrotz ist es eben wichtig, dass wir so viele Menschen wie möglich erreichen, damit sie aus dem funktionalen Analphabetismus rauskommen können. Ganz herzlichen Dank für diese Debatte und wir müssen jetzt auf jeden Fall



noch einmal formal den Bericht der
Bundesregierung zur Kenntnis nehmen.

**Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf
Drucksache 20/8200 zur Kenntnis.**

Damit ist dieser Bericht, den alle schon zur
Kenntnis genommen haben, weil sie sich damit
auseinandergesetzt und ihn diskutiert haben, zur
Kenntnis genommen. Ich bedanke mich ganz
herzlich für die Aussprache und die Diskussion
und schließe damit diese Ausschusssitzung. Ich
wünsche noch einen guten Plenartag. Vielen
Dank.

Tagesordnungspunkt 3

**a) Mitteilung der Kommission an das
Europäische Parlament, den Rat, den
Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss
und den Ausschuss der Regionen
Eine europäische Erklärung zu den digitalen
Rechten und Grundsätzen für die digitale Dekade**

KOM(2022)27 endg.; Ratsdok.-Nr. 5781/22

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung auf
Ratsdok.-Nr. 5781/22 zur Kenntnis.**

**b) Vorschlag für einen Beschluss des
Europäischen Parlaments und des Rates über das
Politikprogramm für 2030 „Weg in die digitale
Dekade“**

KOM(2021)574 endg.; Ratsdok.-Nr. 11900/21

**Der Ausschuss nimmt die Mitteilung auf
Ratsdok.-Nr. 11900/21 zur Kenntnis.**

Schluss der Sitzung: 12:42 Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender

Verweis auf Anlagenkonvolut